

BLÄTTER

Z U M L A N D

EXTRA



Für Freiheit und Recht

Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen in unsere Region



Der Umsturzversuch des „20. Juli 1944“ wird in der Bundesrepublik Deutschland traditionell als das zentrale Ereignis des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime gewürdigt. Auch 60 Jahre danach ist jedoch in der breiten Öffentlichkeit noch immer kaum bekannt, dass es innerhalb der militärischen und der zivilen Opposition bereits 1938 Überlegungen gab, Adolf Hitler zu stürzen. Bis zum Sommer 1944 wurden sogar mehrere Attentats- und Umsturzpläne entwickelt, wieder verworfen oder schlugen fehl.

Fernschreiben Generaloberst Erich Hoepners zur Heranziehung der Politischen Beauftragten und des Verbindungsoffiziers für den Wehrkreis XII Wiesbaden vom 20. Juli 1944. In der Hektik entstanden einige Fehler. So heißt der Unterbeauftragte korrekt Koßmann, Hauptmann Kaiser sollte für den Wehrkreis XII und nicht XIII herangezogen werden.

R H E I N L A N D - P F A L Z

Sämtliche dieser Vorhaben scheiterten an technischen Unwägbarkeiten, wegen der scharfen Sicherheitsvorkehrungen des NS-Regimes oder am Zaudern der beteiligten Militärs.

Oberst Stauffenberg (links im Bild) im Führerhauptquartier „Wolfschanze“.

Die absolute Mehrheit der Reichswehr und ihrer Führung stand loyal hinter dem Diktator und Oberbefehlshaber und folgte bis zuletzt willig seiner barbarischen Kriegs- und Eroberungsstrategie.

Der „20. Juli“ war keineswegs nur eine gemeinsame Aktion von wenigen oppositionellen Militärs und Vertretern des konservativ-liberalen Bürgertums, sondern konnte sich gleichermaßen auf





eine weit verzweigte zivile Widerstandsstruktur stützen. Diese war besonders vom früheren Innenminister des Volksstaates Hessen und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner sowie von seinem Parteifreund, dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Leber und deren Mitstreitern in jahrelanger

Kleinarbeit im ganzen Reichsgebiet geschaffen worden. Für dieses somit im Kern sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Vertrauensleutenetz waren außerdem etliche weitere Regimegegner aus bürgerlichen Kreisen gewonnen worden. Eines seiner wichtigsten Zentren erstreckte sich auf die heutigen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz mit deutlichem Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen.

Der 20. Juli
1944

Im Anschluss an die verheerende Niederlage von Stalingrad Anfang 1943 verstärkte sich in den zivilen wie auch den militärischen Kreisen der Opposition die Überzeugung, dass der Krieg für Deutschland früher oder spä-

ter verloren sein würde. Fortan gewannen die Überlegungen der oppositionellen Offiziere hinsichtlich einer möglichst raschen Beseitigung Hitlers durch ein Attentat wieder an Kontur, um so die Verbrechen des Regimes endlich zu beenden und um den Weg freizumachen für einen von vielen erhofften Separatfrieden mit den Westalliierten. Auch Claus Graf Schenk von Stauffenberg äußerte 1942 mehrfach im vertraulichen Gespräch, die massenhaften Erschießungen der Juden müssten unverzüglich gestoppt werden, was aber die Liquidierung Hitlers voraussetze. Nachdem der Attentatsplan immer wieder verschoben worden war, zündete Oberst Stauffenberg mit Unterstützung seines Adjutanten Oberleutnant Werner von Haefen am 20. Juli 1944 in der Lagebaracke des Führerhauptquartiers „Wolfschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen eine Bombe, die er – in einer Aktentasche verborgen – in der Nähe Hitlers platziert hatte. Die anschließend von Berlin aus ausgelöste Operation „Walküre“ hätte eigentlich zur Initialzündung für einen kombinierten Aufstand militärischer und ziviler Widerstandskräfte werden sollen. Die geheimen „Walküre“-Befehle, ursprünglich entwickelt z.B. zur Bekämpfung „innerer Unruhen“, etwa von Aufstandsversuchen der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, waren von General Friedrich Olbricht und einigen anderen seit 1942 für die Zwecke der Verschwörer umgearbeitet worden. Nach einem erfolgreichen Anschlag auf Hitler hätten umgehend alle regimetreuen Entscheidungsträger verhaftet, die Presseeinrichtungen unter die Kontrolle der Verschwörer gebracht und ähnliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen, um dadurch die Voraussetzungen für das Gelingen des Umsturzes im Reich und an der Front zu schaffen. In den einzel-

nen Wehrkreisen sollten militärische Verbindungsleute, unterstützt von politischen Beratern, für die Durchsetzung der Befehle der Verschwörer sorgen. Die Aktion, auf die seit langem hingearbeitet worden war, scheiterte indes binnen nur eines halben Tages.

Die Bombenexplosion hatte unter den 24 in der Lagebaracke Versammelten vier Todesopfer gefordert, Hitler selbst war aber nur leicht verletzt worden. Auch das erst am Nachmittag ausgelöste eigentliche Umsturzunternehmen brach schon nach wenigen Stunden in sich zusammen. In etlichen Stellvertretenden Generalkommandos waren die Befehle der Verschwörer erst nach Dienstschluss, in München und Danzig überhaupt nicht eingetroffen. Mit der Durchführung der Alarmmaßnahmen der Operation „Walküre“ war lediglich – außer in Berlin – in Kassel, Dresden, Hamburg, Stettin und Münster in Westfalen begonnen worden. Aber auch dort war alles im Ansatz stecken geblieben. Nur in Prag, Paris und Wien waren die Alarmierung und sogar die Verhaftungen regimetreuer Kräfte angelaufen bzw. zum Teil bereits durchgeführt worden. In Paris hatten immerhin 1.200 Mann SS, SD und Polizei festgesetzt werden können, die jedoch nach dem erkennbaren Scheitern der Aktion wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Verbindungen in unsere Region

Auch in Mainz waren Maßnahmen zur Festnahme bzw. Liquidierung Hitler treu ergebener Militärs geplant gewesen, die sich indes nicht hatten durchführen las-

sen. Zuständig u.a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, den Westerwald, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland war das Stellvertretende Generalkommando des XII. Armeekorps in Wiesbaden. Dort hatten die Verschwörer auf den Chef des Generalstabes Generalmajor Erwin Gerlach gezählt. Als aber die Fernschreiben entschlüsselt worden waren und Rückfragen in anderen Wehrkreisen erbracht hatten, dass eine aktive Beteiligung am Staatsstreichversuch zu riskant sei, war dieser in Berlin bereits gescheitert.

Am Tag der Aktion hätte Hauptmann Hermann Kaiser vom Stab des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres in seiner Heimatstadt Wiesbaden, wo er



vordem im Zivilberuf als Studienrat gewirkt hatte, in die Funktion des Verbindungsoffiziers zwischen den militärischen und den zivilen Widerstandskräften im Wehrkreis XII rücken sollen. Seit 1941 hatte er in Berlin eng mit der Führungsebene des militärischen und bürgerlich-konservativen Widerstandes kooperiert, so mit Generaloberst a. D. Ludwig Beck, mit dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, dann auch mit Generalmajor Henning von Tresckow, Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff, General Friedrich Olbricht und Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, ebenso mit Funktionären des Arbeiterwiderstandes und vielen anderen Regimegegnern.

Dr. Karl Sack (2. von rechts).



Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung stand 1944 trotz der Invasion der Westalliierten in der Normandie sowie der wuchtigen Sommeroffensiven der Sowjets gegen die Ostfront und der sich damit deutlich abzeichnenden Niederlage Deutschlands loyal zu Hitler und zum NS-Regime. Dem hatten die Verschwörer dadurch zu begegnen gesucht, dass sie nach dem Gelingen des Militärschlages unverzüglich ein verlässliches Netz ziviler Widerstandsgruppen auf den Plan rufen wollten. Ansonsten hätte der befreiende Umsturz ohnehin nur durch Gruppen und Personen erfolgen können, die sich unmittelbar an den Schaltstellen der Macht befanden. Dies galt primär für Teile der militärischen und zivilen Funktionsebenen. Für die angestrebte unverzügliche Verbreiterung der Basis des Unternehmens hätte ein Bündnis bürgerlich-konservativer, liberaler und gewerkschaftlich-sozialdemokratischer Widerstandsgruppen sorgen sollen.

Die Errichtung einer Militärdiktatur hatten die Verschwörer keineswegs beabsichtigt, jedenfalls nicht auf Dauer. Einigkeit herrschte vor allem darin, nach einem geglückten Umsturz umgehend zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren. Ansonsten blieben die politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen für einen Neubeginn bei den verschiedenen Gruppen und Personen der Opposition bis zuletzt strittig, wobei ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen heutiger Prägung in ihren Planungen nicht vorgesehen war.

Der Vertraute Stauffenbergs

Der 1896 in Bosenheim bei Bad Kreuznach geborene Chefrichter des

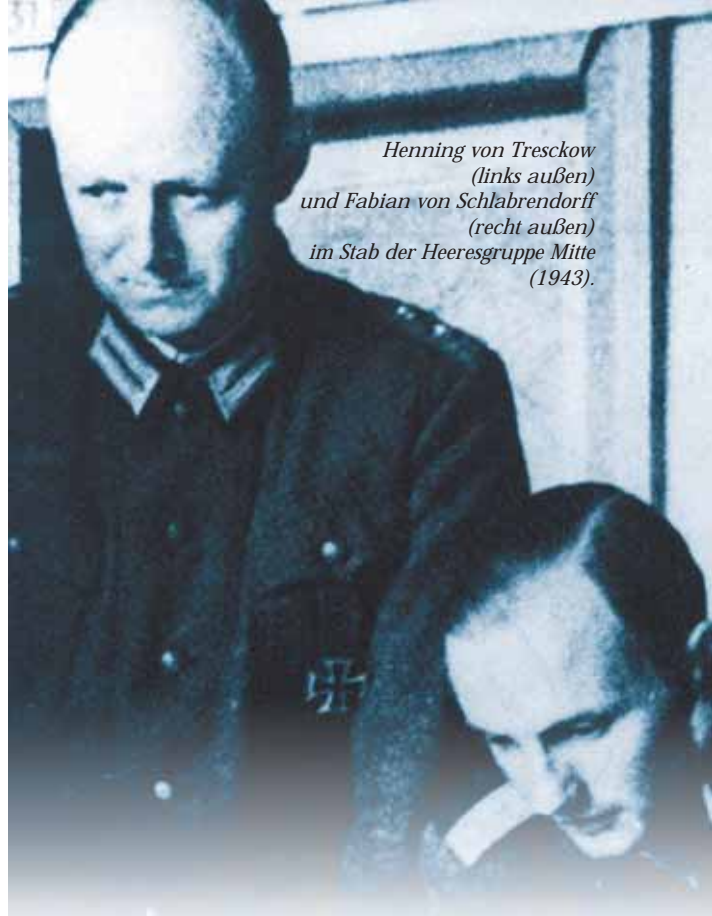
Heeres Karl Sack gehörte im Zuge der Umsturzvorbereitungen zu den unmittelbaren Vertrauten von Oberst Stauffenberg und General Olbricht. Seine Aufgabe bestand in der Abschirmung von Gefährdeten sowie der Warnung der Verschwörer vor den jederzeit möglichen Observationen und Zugriffen durch die Gestapo. So hat er beispielsweise die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens gegen Hauptmann Hermann Kaiser erreicht, der 1943 von einem Kameraden aus dem Ersten Weltkrieg wegen seiner scharfen Kritik an Hitler denunziert worden war.

Nach der bereits am 12. Juni 1944 erfolgten Verhaftung von Oberst Wilhelm Staehle, der u.a. mit Carl Goerdeler und niederländischen Widerstandskreisen in Verbindung gestanden hatte, war Sack sogar selbst ins Wehrmachtsgefängnis geeilt, um vom dort Inhaftierten den aktuellen Stand der Ermittlungen in Erfahrung zu bringen. Dies führte letztendlich wenige Wochen nach dem „20. Juli“ zu seiner eigenen Festnahme. Sack hätte womöglich als Justizminister der von den Verschwörern angestrebten Zivilregierung fungieren sollen. Auf Befehl Hitlers wurde vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner veranlasst, dass am 8. April 1945 im KZ Flossenbürg gegen Sack, Admiral Wilhelm Canaris, Generalmajor Hans Oster und einige andere Regimegegner ein Standgericht zusammentrat. Dieses erkannte wegen Hoch- und Kriegsverrats für alle Angeklagten

auf Todesstrafe, die am Morgen des folgenden Tages vollstreckt wurde.

Kurier zwischen den Widerstandskreisen

Schon im Herbst 1933 hatte der 1907 in Halle an der Saale geborene Jurist Fabian von Schlabrendorff damit begonnen, in Pommern und in Rheinhessen viele zuverlässige NS-Gegner in Zellen zusammenzufassen und der Oppositionsbewegung zuzuführen. Als dessen Ordonnanzoffizier hat er zusammen mit Henning von Tresckow den Attentatsversuch auf Hitler vom 13. März 1943 in Smolensk unternommen. Ferner war er als Kurier zwischen den Widerstands-



*Henning von Tresckow
(links außen)
und Fabian von Schlabrendorff
(recht außen)
im Stab der Heeresgruppe Mitte
(1943).*



kreisen an der Front und solchen im Heimatheer eingesetzt. Mit den führenden Köpfen der bürgerlich-militärischen Opposition Ludwig Beck und Carl Goerdeler hat er sich seit Sommer 1942 in ständiger Fühlung befunden. Am 17. August 1944 wurde der Oberleutnant festgenommen und im Gestapogefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, später im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Dass er überlebte, grenzt an ein Wunder: Mehrfach schwer gefoltert, hat er trotzdem keinen seiner Gesinnungsfreunde verraten und schließlich in seiner – fünfmal verschobenen – Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ am 16. März 1945 sogar Freispruch erwirken können. Kurz darauf wurde ihm jedoch eröffnet, es handele sich um ein Fehlurteil, er werde erschossen. Er wurde

aber in das KZ Flossenbürg, dann ins KZ Dachau verlegt, anschließend in ein KZ bei Innsbruck. Am 4. Mai 1945 wurde er von amerikanischen Truppen befreit. 1967 wurde er als Richter an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe berufen, dessen 2. Senat er acht Jahre lang angehörte.

Das zivile Vertrauensleutenetz im Umfeld des „20. Juli“

Nach seiner Entlassung aus dem KZ Lichtenburg im Sommer 1934 machte sich Wilhelm Leuschner daran, von Berlin aus ein schließlich im ganzen Deutschen Reich weit verzweigtes informelles Verbindungsnetz sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Widerstandskräfte zu knüpfen. Seine Kontaktfahrten, die zunächst vor allem im Zusammenhang mit der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften standen, tarnte er seit 1936 geschickt

als Geschäftsreisen für seinen Betrieb zur Herstellung von Armaturen, Bierzapfhähnen und ähnlichen Produkten. Als 1938 durch regimiekritische Kreise aus Bürgertum und Militär erstmals eine gemeinsame Aktion gegen Hitler erwogen wurde, war Leuschner bereits eingeweiht. Seit Anfang der 1940er Jahre wurde der Aufbau eines reichsweiten Vertrauensleutenetzes durch ihn sowie seine inzwischen gleichfalls aus dem KZ entlassenen Parteifreunde Julius Leber, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach sowie etliche andere forciert betrieben. Jene Widerstandsstruktur soll-

te erst nach einem erfolgreichen militärischen Umsturzunternehmen aktiviert werden, um dieses sodann in demokratische Bahnen zu lenken. Allerdings konnte infolge der ständigen Einberufungen zur Wehrmacht fast nur noch auf ältere einstige Funktionsträger aus Gewerkschaften und SPD zurückgegriffen werden. Die zwischen Leuschner, Leber und anderen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären bestehenden Kontakte zur Führungsebene des bürgerlich-militärischen Widerstandes um Goerdeler und Generaloberst a. D. Beck, bis zu seinem spektakulären Rücktritt im Sommer 1938 Generalstabschef des Heeres, waren die Grundvoraussetzung für das geplante gemeinsame Vorgehen gegen den Diktator. 1941 wurde zudem die Verbindung des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundes mit den Oppositionellen des überparteilichen Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg hergestellt. Auch der 1898 in Bad Ems geborene bedeutende Reform-

pädagoge
Adolf
Reich-
wein

gehörte zu jenem oppositionellen Diskussionszirkel. Seit 1940 in enger Beziehung mit dem von Leuschner organisierten Widerstandsnetz, beteiligte er sich seit Januar 1944 unmittelbar an den Umsturzvorbereitungen Stauffenbergs.

Ab 1943/44 wurden zunehmend bis dahin weitgehend autonom gebliebene bürgerliche Widerstandsgruppen, ebenso die deutlich schwächer ausgeprägten konspirativen Strukturen christlicher sowie liberaler Gewerkschafter und dazu noch verschiedene protestantische, katholische, demokratische und liberale Einzelpersonlichkeiten informell in das Vertrauensleutenetz Leuschners und seiner Freunde einbezogen. Gleichzeitig wurden für die einzelnen Wehrkreise so genannte Politische Beauftragte sowie Unterbeauftragte bestimmt. Diese sollten in der eigentlichen Umsturzphase über entsprechende Verbindungsoffiziere beratenden Einfluss auf die Kommandeure der Stellvertretenden Generalkommandos nehmen. Unmittelbar danach hätte den Politischen Beauftragten die Funktion von

Oberpräsidenten bzw. Verwaltungschefs der ihnen zugewiesenen Landesteile zufallen sollen. Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des Wehrkreises XII Wiesbaden sollte

Leuschners enger politischer Freund und Mitstreiter, der 1890 in Undenheim geborene frühere hessische Staatsrat Ludwig Schwamb die Aufgabe des Politischen Beauftragten übernehmen. Als

Carlo Mierendorff (links) und Emil Henk

Unterbeauftragter, d.h. als Stellvertreter Schwambs, war Bartholomäus Koßmann aus Saarbrücken eingesetzt, einst Reichstagsabgeordneter für das Zentrum im Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld sowie Vorsitzender der katholischen Bergarbeitergewerkschaft in Neunkirchen-Saar.

Nur zum Teil deckungsgleich mit jener Struktur, die sich an der geografischen Ausdehnung der Wehrkreise ausrichtete, war die von Leuschner, Leber und anderen geschaffene zivile Widerstandsstruktur. Die Region zwischen Kassel und Heidelberg war dabei offenbar einer der von ihnen am besten organisierten Bereiche überhaupt. Dessen organisatorisches Zentrum befand sich im Rhein-Main-Gebiet. Dort und im näheren Einzugsbereich verfügten Leuschner und etliche seiner wichtigsten Mitstreiter aus der Zeit ihres politischen Handelns während der Weimarer Republik noch immer über eine beträchtliche Zahl verlässlicher und risikobereiter Freunde und Sympathisanten. So konnte Schwamb die politische Leitung der Vertrauensleutestruktur südlich der Mainlinie dem 1888 geborenen früheren Oppenheimer SPD-Landtags- und -Reichstagsabgeordneten Jakob Steffan übertragen, der erst 1940 – gesundheitlich schwer geschädigt – aus dem KZ Dachau entlassen worden war. Die regionale Zentrale des Vertrauensleutenetzes befand sich in Frankfurt. In den einzelnen Städten und Gemeinden war die Leitung erfahrenen, zumeist ebenfalls sozialdemokratischen Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Verwaltungsfachleuten übertragen worden. Diesen oblag es, weitere geeignete Mitarbeiter heranzuziehen. In Mainz war Alfred Freitag eingesetzt, vor 1933 Landesparteisekretär der SPD in Rheinhessen, der nun eng mit einer Gruppe von Gewerkschaftern um den vormali-

gen Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Anton Calujek und einem katholischen Widerstandskreis um Ernst Doller zusammenarbeitete. Dort war nicht nur die Festsetzung der örtlichen Führungsspitzen des Regimes vorbereitet worden, sondern auch ein Eisenbahnerstreik zur Unterstützung des Staatsstreichs. Den Stützpunkt in Ingelheim leitete der Gastwirt Otto Wedekind. Weitere Stützpunkte in Rheinhessen bestanden nachweislich in Worms, Guntersblum, Oppenheim, Nierstein, Bingen, Dolgesheim, Alsheim und Nieder-Olm. Die meisten dieser zivilen Vertrauensleute waren bereits ab 1933 aus politischen Gründen verfolgt worden und hatten ihre berufliche Existenz verloren. Alfred Freitag, Otto Wedekind und Anton Calujek waren 1933/34 im KZ Osthofen bei Worms inhaftiert gewesen.



Jakob Steffan

Wichtige Hinweise sind Emil Henk zu verdanken, der dominierenden Persönlichkeit des frühen sozialistischen Widerstandes im Raum Mannheim/Heidelberg. Er war mit Theodor Haubach und dem früheren Pressesprecher des hessischen Innenministeriums Carlo Mierendorff eng befreundet. 1946 hat Henk seine Kenntnisse der Organisationsstruktur des zivilen Widerstandsnetzes im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ in der Region zwischen Kassel und Heidelberg sowie in Rheinhessen publik gemacht. Er berichtete, „ganze tausend zuverlässige Männer“ seien als „Avantgarde“ in diesem „mit am besten organisierten“ Bereich „zur Aktion bereitgestellt“ gewesen. Hinter jedem Einzelnen hätten jeweils „mindestens



Hermann Kaiser, einer der wichtigsten Organisatoren des „20. Juli“, wurde am 17. Januar 1945 zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde sechs Tage darauf in Berlin-Plötzensee durch Erhängen vollstreckt.



Wilhelm Leuschner wurde am 16. August 1944 festgenommen. Am 8. September 1944 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ zum Tode. Das Urteil wurde am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee durch den Henker vollstreckt.

weitere zehn aktive Kämpfer“ gestanden. Diese Zahlenangaben erscheinen zwar als recht hoch gegriffen, und es ist heute, sechzig Jahre danach, ein schwieriges wenn nicht aussichtsloses Unterfangen, dies alles noch detailliert zu überprüfen. Das ganze Ausmaß jenes Netzwerkes war seinerzeit nämlich nur Leuschner und seinen engsten Mitstreitern bekannt und auch diesen nur bis hinunter zur Ebene der lokalen Stützpunktleiter. Die weiteren Kontaktleute blieben aus Sicherheitsgründen gegenüber der Führungsebene geheim und meist auch untereinander konspirativ abgeschottet. Die Regimegegner an der lokalen Basis wussten lediglich, dass eine Aktion gegen Hitler bevorstehe. So hatte beispielsweise der Sozialdemokrat und vormalige Angehörige des Republik-schutzverbandes „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ Jakob Schuch aus Nierstein, der dann zusammen mit fünf weiteren Opfern am 21. März 1945 am Kornsand gegenüber von Nierstein von den Nationalsozialisten ermordet wurde, seinem Schwabsburger Reichsbannerkameraden Peter Morch im Juli 1944 einen Karabiner mit den Worten überreicht: „Halte dich bereit, es ist etwas im Gange“. Die örtlichen sozialdemokratischen Solidargemeinschaften, untereinander verwandtschaftlich und freundschaftlich eng verbunden, bildeten auf der untersten Ebene in der Hauptsache jenen Personenkreis, auf den im Falle eines geglückten Umsturzes hätte zurückgegriffen werden sollen. Sie hätten indes erst im entscheidenden Moment erfahren, dass und in welcher Form sie aktiv werden sollten. Gleiches gilt für die mit ihnen vielfach persönlich verbundenen liberalen und konservativen Oppositionellen vor Ort.

Epilog

Nach dem Scheitern von Attentat und Umsturzversuch gelang es den Fahndern des NS-Terror systems in der Hauptsache nur, die Führungsgruppen der Aktion und den Personenkreis der durch die Befehle zu ihrer Heranziehung sichtbar gewordenen Verbindungsoffiziere sowie Politischen Beauftragten und Unterbeauftragten in den Wehrkreisen zu ermitteln und festzunehmen. So waren durch Fernschreiben Generaloberst Erich Hoepners vom 20. Juli 1944 die vorgesehenen Funktionen Hauptmann Kaisers als Verbindungsoffizier sowie Schwambs als Politischer Beauftragter im Wehrkreis XII und damit als unmittelbarer Ansprechpartner Kaisers auf Seiten der Zivilopposition ebenso offenbar geworden wie die von Schwambs Unterbeauftragtem bzw. Stellvertreter Bartholomäus Koßmann. Dieser konnte jedoch – anders als Kaiser und Schwamb – in seinem Prozess durch geschickte Verteidigung einen Freispruch erwirken.

Etliche Personen, die in die zivilen Widerstandsstrukturen des „20. Juli“ im Bereich des heutigen Rheinland-Pfalz eingebunden waren, aber unentdeckt geblieben sind, konnten daher nach Kriegsende eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau spielen. So etwa wirkte Jakob Steffan erst als Regierungspräsident für Rheinhausen, dann als Innenminister und schließlich von 1949 bis 1950 als Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Anton Calujek wurde 1945 Gewerkschaftssekretär der Eisenbahner; 1946 zog er für die SPD in den Mainzer

***Ludwig Schwamb** wurde am 23. Juli 1944 in Frankfurt festgenommen und später nach Berlin überstellt. Am 13. Januar 1945 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ zum Tode. Zehn Tage später wurde er zusammen mit neun weiteren Verschwörern in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee erhängt.*

Stadtrat ein, 1947 wurde er rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter und Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Alfred Freitag war nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft erneut Bezirkssekretär der SPD in Rheinhausen sowie mehrere Jahre Mitglied des Mainzer Stadtrats.

Bei der Diskussion um den militärischen und politischen Widerstand im Umkreis des „20. Juli“ sollte aber nicht vergessen werden, dass es auch christlich bzw. humanitär orientierten Widerstand gab, der zumeist von Einzelnen getragen wurde. Beispiele auch aus dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz belegen, dass damals individuell durchaus vielfältige Handlungsspielräume genutzt wurden und so die gängige Meinung widerlegen, es habe gegen das NS-Regime „sowieso nichts ausgerichtet werden können“. Diesem Thema soll eines unserer nächsten „Blätter zum Land“ gewidmet werden.

**Axel Ulrich,
Angelika Arenz-Morch**



Hans Berkessel (Redaktion):

**Widerstand gegen die
NS-Herrschaft in
Rheinland-Pfalz. Hrsg.:**

Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz und Pädagogisches
Zentrum. Bad Kreuznach, Mainz 2004
(In Vorbereitung)

Hans-Georg Meyer,

Hans Berkessel (Hrsg.):

**Die Zeit des Nationalsozialismus in
Rheinland-Pfalz, Band 1:**

„Eine nationalsozialistische Revolution ist
eine gründliche Angelegenheit“.
Mainz 2000

**Gerhard Nestler, Hannes Ziegler
(Hrsg.):**

Die Pfalz unterm Hakenkreuz.

Eine deutsche Provinz während der
nationalsozialistischen Terrorherrschaft.
Landau/Pfalz 1987

Ludwig Hellriegel (Hrsg.):

**Widerstehen und Verfolgung in den
Pfarreien des Bistums Mainz 1933–
1945. Band 1:**

Rheinessen (2 Teile). Eltville 1989

**Der rheinhessische Protestantismus
1933/34.**

Von nationalistischer Begeisterung und
bekennenden Christen. Oppenheim,
ohne Jahresangabe

Emil Henk:

Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein
Beitrag zur politischen Vorgeschichte.
2. erw. Aufl. Heidelberg 1946

Peter Joachim Riedle (Hrsg.):

Wiesbaden und der 20. Juli 1944.

Beiträge von Gerhard Beier, Lothar
Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser
und Axel Ulrich. Hrsg.: Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden –
Stadtarchiv. Wiesbaden 1996 (Schriften
des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5)

Renate Knigge-Tesche,

Axel Ulrich (Hrsg.):

Verfolgung und Widerstand 1933–1945
in Hessen. Frankfurt/Main 1996

Axel Ulrich:

Kampf gegen Hitler.

Zum politischen Widerstand gegen das
NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet, in:
Mainzer Geschichtsblätter.
Veröffentlichungen des Vereins für
Sozialgeschichte Mainz. Mainz 2004

Abbildungen:

NS-Dokumentationszentrum Rheinland-
Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen sowie
Stadtarchiv Wiesbaden.

*Quellenhinweise entnehmen Sie bitte der
weiterführenden Literatur.*

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungs-
äußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorin
und der Autor die Verantwortung.*